

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 27.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inzeratannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 2. Juli 1915.

Insertionspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Venloerwall 2. Telefonruf B. 1246. — Redaktionsschluss ist Montag Mittag

16. Jahrg.

Unverbesserlich.

Das Einsehen von Gut und Blut der deutschen Arbeiterschaft im Verein mit den übrigen Volksschichten zur Verteidigung des Vaterlandes hat in manchen Hinsicht gesinnungtreuen Kreisen die frohe Hoffnung erweckt, es würde das später auch zu einer Milderung der Interessengegensätze im wirtschaftlichen Leben führen. Jetzt zeigt doch der Krieg mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig läßt, wie bei einer Nation, die nicht zu Grunde, sondern vorwärts gehen will, alle Glieder am letzten Ende auf einander angewiesen sind. Das gilt nicht nur für die Zeit der Not, für die Zeit, wo mächtige Feinde mit den Waffen in der Hand den Bestand des Reiches zu erschüttern drohen, es gilt auch in normalen, in Friedenszeiten. Der Friede und die Verständigung unter den einzelnen Erwerbsständen, wodurch jedem das Seine gegeben wird, ist immer und jederzeit dem Austragen von Interessengegensätzen durch Kämpfe vorzuziehen. Selbstredend kann es sich dabei nur um einen Friedenszustand handeln, der auch den Arbeitern in jeder Beziehung gerecht wird und nicht um einen sogenannten Kirchhofsfrieden, der nur ein Scheinfriede ist, unter dem die Leidenden unter dem Joch der Not erliegen, während die Wohlhabenden sich in Ruhe und Behagen ergehen lassen. Wir werden wir den Idealszustand nie erleben, daß wir immer und überall ohne Kämpfe im Wirtschaftsleben auskommen, solange nicht, als es eben Menschen mit menschlichen Fehlern befaßt geben wird. Das heißt aber nicht aus, daß das Ziel auch unserer Kämpfe sein muß, einen gerechten Frieden herbeizuführen und daß wir nach Mitteln suchen müssen, die Kämpfe möglichst auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die christlichen Gewerkschaften haben daher stets die Errichtung von Einigungsämtern das Wort gegeben zu dem Zwecke, durch gemeinsame Aussprachen die Interessengegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitern möglichst friedlich auszugleichen. Der Gedanke hat denn auch im letzten Menschenalter immer mehr Fuß gefaßt. Für eine Reihe von Gewerben sind solche Einigungsinstanzen eingeführt, die sich sehr gut bewährt haben und heute von den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitern nicht gerne mehr entbehrt werden. Anders denken immer noch die bekannten Herrschaften in der Großindustrie. Sie haben anscheinend auch durch den Krieg noch nicht gelernt, die Arbeiterschaft besser wie bis dahin zu bewerten. Trotz der gemeinsamen Kämpfe, Opfer und Entbehrungen im Felde gibt es immer noch Männer in der Großindustrie, die es anscheinend unter ihrer Würde halten, mit den Arbeitervertretern zusammen am Tische über gewerbliche Dinge und Notwendigkeiten zu beraten.

Neuerdings zeigt sich dies wieder in der Textilindustrie. Der Christl. Textilarbeiter-Verband richtete an den Kommandeur des VII. Armeekorps eine Eingabe. Darin beantragte er für die Textilindustrie im Bereiche des VII. Armeekorps Einrichtungen zur Verhütung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis. Das rief die Textilunternehmer gleich zur Gegenwehr auf den Plan. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände erließ an ihre Mitglieder in Warnungsschreiben, sich nur ja nicht auf paritätische Schlichtungskommissionen einzulassen.

Wir nehmen diese Mitteilung, so heißt es in dem Schreiben, unseres Mitgliedsverbandes zum Anlaß, unsere Mitglieder auf das dringendste davor zu warnen, der Schaffung von derartigen paritätischen Schlichtungskommissionen, gleichviel in welcher Industrie, Vorkaution zu leisten und bemerken zur Begründung folgendes: Zunächst ist entschieden in Abrede zu stellen, daß die Bedürfnisse für die Bildung paritätischer Schlichtungskommissionen vorliegt. Etwas austauschende beschwerte Beschwerden seitens der Arbeitnehmer lassen sich leicht ebenso gut wie sonst auf dem Weg unmittelbarer Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Notfall unter Mitwirkung des örtlichen Arbeitgeberverbandes ordnen. Zweifellos sind die Anregung der Gewerkschaftsführer ihre Arbeit auch nicht in der Abhilfe eines dringenden Bedürfnisses, sondern sie ist darauf zurückzuführen, daß die Gewerkschaftsführer ihre jetzt erheblich eingeschränkte Tätigkeit auf diese Weise erweitern und einen während der Kriegszeit erzielten Erfolg auch für alle Zukunft behalten wollen.

Was besonders muß darauf hingewiesen werden, daß die Gewerkschaftsführer mit ihrer Anregung gleichzeitig den Versuch machen, eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung aufzurollen. Denn wenn eine derartige Schlichtungskommission eingesetzt und mit betraut wird, Gutachten über Fragen abzugeben, die das Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern betreffen, so wird damit der bisher vor-

dem gesamten deutschen Arbeitgebertum nachdrücklich vertretene Grundsatz verkehrt, daß alles das, was das Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern berührt, in freier Vereinbarung zu regeln ist, ohne daß Außenstehenden das Recht eingeräumt werden kann, sich in diese privatrechtlichen Dinge einzumischen. Letzten Endes zielen die von den Gewerkschaftsführern angestrebten paritätischen Schlichtungskommissionen auf die Regelung des Arbeitsverhältnisses durch einen von Organisation zu Organisation abgeschlossenen Tarifvertrag hin, dessen Einhaltung eine paritätische Kommission zu überwachen hat. Wir können es uns versagen, unsere Mitglieder hier des Näheren auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die der deutschen Industrie aus dem Abschluß von Tarifverträgen erwachsen würden. Die Anregung der Gewerkschaften zeigt, worauf sie hinauswollen, und ihr Plan muß um so mehr von uns abgelehnt werden, als mit Rücksicht auf den zur Zeit bestehenden allgemeinen Burgfrieden Fragen von grundsätzlicher Bedeutung nicht angeschnitten werden dürfen.

Wir richten daher unter Hinweis auf die eben gemachten Ausführungen an unsere sämtlichen Mitglieder nochmals die dringende Bitte, der Schaffung von allgemeinen paritätischen Schlichtungskommissionen unter allen Umständen ihre Zustimmung zu versagen und fügen die Bitte hinzu, uns davon Mitteilung zu

Was der Mensch leisten kann, zeigen die Taten unserer Soldaten im Felde. Die viel leichtere Arbeit für den Verband sollte daher von allen Mitgliedern gerne und freudig erledigt werden.

machen, sobald in ihrem Bezirk ähnliche Anregungen aus Gewerkschaftskreisen zu ihrer Kenntnis gelangen.

Das ganze Rundschreiben atmet denselben arbeitervogelhaften Geist, der wir immer bei diesen Herrschaften gewohnt waren. Sie haben in den letzten zehn Monaten weder um- noch zugerufen. Die Tarifverträge, die für zehntausende Arbeitgeber, für ganze Gewerbe sich als eine wahre Wohltat erwiesen und bewährt haben, bedeuten für die Erlasser des Rundschreibens nur Gefahren. Nun die Zeit wird und muß kommen, wo Tarifverträge und mit ihnen paritätische Einigungsämter auch in den Industrien Eingang finden werden, die sich heute noch dagegen wehren. Recht und Arbeiterorganisationen werden ihnen mit der Zeit den Weg schon bahnen.

Kriegsgewinne und Lohnerhöhungen.

Des Einen Unglück ist des Andern Glück. An diese Worte wird man wohl selten so oft erinnert, wie in der gegenwärtigen Zeit. Während tausende und abertausende Arbeiter, Handwerker, kleine Geschäftskleute usw. große Opfer bringen, sozusagen ihren letzten Pfennig opfern, gibt es wiederum andere Kreise, die aus dem Kriege ungeheure Gewinne ziehen. Man darf wohl sagen, daß im allgemeinen die Unternehmer in der Großindustrie im letzten Jahre finanziell gut abgeschnitten haben. Deutlich ist das auch aus den Jahresabschlüssen der Aktiengesellschaften zu ersehen. Die für das Jahr 1914 verteilten Dividenden, die bei vielen Unternehmungen höher sind als im Jahre vorher, lassen schon äußerlich die Rentabilität der Kriegswirtschaft in die Erscheinung treten. Der Berliner „Börsen-Courier“ (Nr. 271, 1915) sagt am Schlusse einer Betrachtung über die deutsche Industrie im Kriege, daß die Untersuchung über das Ergebnis der Aktiengesellschaften an Interesse gewinnt, „wenn man sie über die einfachen Zahlen der ausgeschütteten Dividenden hinausführt und sowohl die absoluten Zahlen der verteilten Gewinne wie auch die Höhe der besonders wegen des Krieges geschaffenen Rücklagen berücksichtigt. Da ergibt sich nun die ganz außerordentliche Tatsache, daß bei 477 Gesellschaften, die über ein Kapital von zusammen 5 Milliarden Mark verfügen, 107 Millionen Mark besondere Rückstellungen aus Anlaß des Krieges gemacht und die Gewinnvorträge, die gleichfalls als Kriegsrücklagen anzusehen sind, um 50 Millionen Mark erhöht wurden. Es ergibt sich also, daß bei diesen Gesellschaften 3,2 Prozent des Nominalkapitals zu Rückstellungen verwendet wurden. Diese Summe erschöpft aber die Kriegsrücklagen der hier betrachteten Gesellschaften keineswegs. Viele von ihnen haben durch niedrige Bewertung ihrer Vorräte, durch Abschreibungen auf die ihnen geschuldeten Summen vor Einstellung in die Bilanz noch andere ebenso große, teilweise sogar noch größere Rückstellungen vorgenommen, ohne deren Betrag der Öffentlichkeit mitzuteilen. Schließlich ist noch zu bedenken, daß die Rückstellungen der zukunftsreichen Gesell-

schaften den Durchschnittsatz erheblich übersteigen und daß letzten Endes gerade diese Gesellschaften für die weitere Entwicklung der Volkswirtschaft am wichtigsten sind.“

Für die betreffenden Unternehmer ist es ganz selbstverständlich in der Ordnung, wenn sie möglichst hohe Gewinne herauswirtschaften und viel, recht viel Geld verdienen. Auch wir sind durchaus nicht neidisch, wenn die wirtschaftlichen Unternehmungen sich rentieren und gut fundiert sind. Aber man darf es dann auch den Arbeitern nicht verübeln, wenn auch sie angemessene Löhne fordern. Sehr oft sind die Arbeiter infolge der teuren Lebensverhältnisse geradezu gezwungen, um höhere Löhne bei ihren Arbeitgebern einzukommen. Leider finden die Arbeiter dabei vielfach nicht das allergeringste Verständnis und werden mit ihren Forderungen glatt abgewiesen. Zur Zeit liegen jedoch die Verhältnisse für die Arbeiterschaft derart, daß selbst in Unternehmerkreisen, bei denen wir es sonst nicht gewohnt sind, die Notwendigkeit von Lohnerhöhungen immer mehr anerkannt wird.

Wenn das Pfund Speck 1,50 Mk. kostet, so soll in einer Arbeiterfamilie der Ausgleich nicht ausschließlich dadurch herbeigeführt werden, daß die Frau die Stücke kleiner schneidet — obgleich wir uns ja alle (?) einschränken müssen —, denn das hat schließlich ein Ende, und wir müssen unsere Bevölkerung unter allen Umständen kräftig und gesund erhalten; es muß vielmehr ernstlich danach getrachtet werden, die Einnahmen zu erhöhen. Daß die Arbeit teurer wird, wenn der Preis aller übrigen Dinge in die Höhe geht, ist selbstverständlich. Die Privatindustrie im Kohlenbergbau hat sich dieser Notwendigkeit aber keineswegs verschlossen. Die Lohnstatistik zeigt, daß sie schon in den letzten Monaten des Vorjahres der allgemeinen Bewegung gefolgt ist, und die bald zu erwartende Aufstellung für das erste Vierteljahr 1915 wird zeigen, daß die Löhne noch anhaltend steigen. So stark können sie natürlich nicht steigen, daß sie die wirtschaftlichen Folgen des Krieges ganz ausgleichen, denn unter diesen haben alle zu leiden, und jeder muß sein Teil tragen. Aber eine angemessene Steigerung ist gerechtfertigt, und wenn die Statistik zeigen sollte, daß eine solche noch nicht eingetreten ist, dann muß nachgeholfen werden.“

So zu lesen in Nr. 113 der „Bergwerks-Zeitung“, einem Organ der Bergbauindustrie. Es wäre zu wünschen, daß diese Erkenntnis auch bei andern Unternehmern Eingang fände. Dann würde man die Forderungen der Arbeiter in bezug auf auskömmliche Löhne gerechter beurteilen, wie das bis dahin vielfach der Fall war.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 27. Wochenbeitrag im Jahre 1915 für die Zeit vom 27. Juni 3. August fällig ist.

Monatliche Meldung der zum Militär eingerückten Mitglieder. Die während der Kriegszeit an die Zahlstellen herausgegebenen monatlichen Fragebogen fallen vor jetzt ab. Statt dessen bitten wir, auf den monatlichen Arbeitslosenmeldebögen jedesmal anzugeben, wie viele Mitglieder bis Monatschluß zum Kriegsdienst eingezogen worden sind. Die Angaben bitten wir hinzuschreiben ganz am Kopfe der Karte, über der bedruckten Zeile, wo es heißt: „Bericht über die Arbeitslosigkeit im Monat“. Auf die nächste Karte, die jetzt eingeschickt werden muß, wäre also hinzuschreiben: Zum Militär bis 30./6. Mitgl.

Vierteljahrsabrechnung. Den Zahlstellen sind vergangener Woche die Vordrucke für die Abrechnung des 2. Vierteljahres zugesandt worden. Infolge des Einrückens vieler Kassierer zum Militär wird es deren Nachfolger nicht immer ganz leicht sein, die Abrechnung richtig fertig zu stellen. Wenn sie wie sonst, sollen daher die übrigen Ortsverwaltungsmitglieder daran mithelfen, wenn es nötig ist. Wenn ein Kassierer von dem einen oder anderen Punkte kein Bescheid weiß, so bitten wir andere Kollegen, die ihm vielleicht Auskunft geben können, darum befragen. Wenn der gute Wille vorhanden ist, wird es möglich sein, die Abrechnung überall pünktlich zu erledigen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Düsseldorf. Die Mitgliederversammlung am 30. Juni beschäftigte sich mit dem Gegenstande „Bedenkensmittel über den christlichen Gewerkschaften“. Kollege Bredt trat in seinem Vortrage einleitend, daß die Christl. Gewerkschaften immer auf dem Standpunkt geblieben hätten, daß dem Arbeiter ein genügender Schutz gegenüber seinen vielen Feinden und Gefahren zu gewähren sei. Heute gibt es wohl keinen Arbeiter im deutschen Reich, der nicht den Augen eines harten Weltkampfes erlernt. Das Verhalten der deutschen Arbeiter während des Krieges beweise auch, daß sie das größte Pflichtbewußtsein zeigen, aber dem Vaterland heissen. Es trete dieses besonders hervor

Vergleich mit den Arbeitern Englands. Der deutsche Arbeiter hat aber nicht nur den größten Teil der Streiter, sondern bringt auch materielle Opfer. Dem gegenüber ist die Frage wohl erlaubt, ob man allgemein in Deutschland der Lage des Arbeiters, die durch den Krieg hervorgerufen, das nötige Verständnis entgegengebracht hat und noch entgegenbringt. Leider muß gesagt werden, daß das nicht der Fall ist. Es wirkt geradezu beleidigend für den Arbeiterstand, wenn einzelne Fälle von Verschwendung verallgemeinert werden und wenn es so dargestellt wird, als ob die Arbeiterfrauen, deren Männer zum Heeresdienst eingezogen sind, ihre Kriegsunterstützung in Kaffeehäusern vergeuden. Bei den heutigen teuren Lebensmitteln muß man im Gegenteil erkennen, wie eine Frau mit zwei, drei oder mehr Kindern mit der gewöhnlichen Unterstützung auskommt und Lebensunterhalt und Wohnungsmiete davon bestreiten kann. Unter den hohen Lebensmittelpreisen leide der Arbeiter überhaupt am meisten und war es die höchste Zeit, daß einer weiteren Erhöhung Einhalt geboten wurde. Auf einer Konferenz in Essen, bei der Vertreter der christl. Gewerkschaften und anderen Organisationen, die den deutschen Arbeiterkongress bildeten, in entschiedener Weise gegen die Preissteigerungen auf dem Lebensmittelmarkt Stellung genommen worden. Hier sind nicht nur Mängel an unserer Lebensmittelversorgung aufgedeckt und Kritik an den bereits getroffenen Maßnahmen geübt, sondern auch praktische Vorschläge und gangbare Wege gezeigt worden, wie im zweiten Kriegsjahr eine bessere Verteilung und eine Verbilligung der Lebensmittel herbeigeführt werden kann. Der Einzelne ist gegen den Wucher, den einige profitgierige Spekulanten treiben, machtlos. Die christl. Gewerkschaften haben daher in Essen im Interesse der deutschen Arbeiterschaft und im vaterländischen Interesse gewirkt. Es ist schließlich beides gleich scharf zu verurteilen: ob die große Mehrzahl der deutschen Bevölkerung in Ausland ausgehungert wird, oder ob die Lebensmittel von einer kleinen Elite von Leuten im Inland so veräußert werden, daß sie nicht mehr erschwinglich sind und Unterernährung herbeiführen. Die Forderungen von Essen, die in einer Denkschrift den nachstehenden Behörden zugestellt sind, werden die Wirkung sicher nicht verfehlen.

In der Versammlung wurde weiter noch bekannt gegeben, daß die christliche Gewerkschaftskartei von Düsseldorf eine Eingabe an die Stadtverwaltung gerichtet hat. In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß Düsseldorf heute die teuerste Stadt ist und deshalb wird gefordert: 1. eine Herabsetzung der Brotpreise; 2. Beschaffung von mehr Schwarzbrot; 3. Brotzulage an Schwerebehinderte, oder Beschaffung eines kartensicheren Brotes; 4. Verkauf billiger Lebensmittel auch in den Vororten; 5. Verbilligung der Milch; 6. Uebertragung der Lebensmittel an die Kriegesfrauen zu demselben Preise, wie sie die Stadt an die städtischen Arbeiter und unteren Beamten verkauft; 7. Einwirkung der Stadtverwaltung auf die Zentralstelle für freiwillige Liebestätigkeit, daß wenn sie Kriegesfrauen durch Entziehung oder Herabsetzung der Unterstützung beeinflusst in Geschäften Arbeit anzunehmen, auch verpflichtet wird, für eine genügende Entlohnung derselben Sorge zu tragen; 8. Einwirkung der Konsumrenten in der städtischen Lebensmittelkommission; 9. Feuerzulage an die städtischen Arbeiter.

Die christl. Gewerkschaften zeigen also auch in der Frage der Lebensmittelversorgung, daß sie als die berechtigten Vertreter der Arbeiter-Interesse tätig sind. Jede Verbesserung in der Versorgung und Ueberbilligung, die erzielt wird, kommt den Arbeitern zu Gute und das Lob und der Beweis ihrer Forderungen werden sich die maßgebenden Stellen nicht verschließen können.

Krankengeld-Zuschußkasse.

Zur außerordentlichen Generalversammlung. Wie den städtischen Verwaltungsstellen durch Rundschreiben und den Mitgliedern durch die vorige Nummer des Verbandsorgans bekanntgegeben worden ist, findet am 25. Juli, nachmittags 4 Uhr, in Köln auf dem Verbandsbüro Benloerwall 9 eine außerordentliche Generalversammlung statt. Es ist darum notwendig, daß in allen Verwaltungsstellen sofort die Mitglieder der Kasse zu einer Generalversammlung eingeladen werden, und daß die Wahl der Delegierten vorgenommen wird. Sämmtlich mit 20 vorgeschlagenen Delegierten sind den Verwaltungsstellen zugewandt. Diese Stimmzettel sind in der Generalversammlung an die Anwesenden zu verteilen. Es liegt den Mitgliedern frei, den Stimmzettel so, wie er ist, abzugeben oder ihn mit anderen Namen zu versehen. Um Kosten zu sparen, hat der Vorstand die Vorschlagsliste mit den Namen von Mitgliedern versehen, die in Köln bzw. in der nächsten Umgebung wohnen. Wir weisen nochmals darauf hin, daß die von den Mitgliedern bei der Wahl abgegebenen Stimmzettel bis zum 12. Juli nach Köln einzuwenden sein müssen. Einzelne Anträge sind bis zu diesem Zeitpunkt ebenfalls einzuwenden.

Gewerkschaftliches.

Der württembergische Eisenbahnerverband hat kürzlich in Stuttgart seine 6. Generalversammlung abgehalten. Nach den dort gemachten Angaben haben zur Zeit 575 Mitglieder in der Provinz. Die Einnahmen des Verbandes betragen im Berichtsjahre 15.260 RM. und die Ausgaben 12.106 RM. Am 1. April hatte der Verband ein Vermögen von 137.762 RM.

Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete die vom gegnerischen Verband angeregte Verschmelzung der beiden Verbände. Die Generalversammlung verhielt sich diesen Bestrebungen gegenüber ablehnend. In der zu diesem Punkte angenommenen Resolution heißt es:

Für die vom alten Verband in den letzten Wochen eingeleitete Verschmelzungaktion ist die gegenwärtige Zeit, in welcher ein großer Teil der württembergischen Eisenbahnbediensteten im Felde steht oder im Feindesland dienstlich tätig ist, als völlig ungeeignet anzusehen. Auch diesem Teil der württembergischen Eisenbahner müßte Gelegenheit zu einer Meinungsäußerung über die Grundlage einer neuen einheitlichen Organisation gegeben werden, was während des Krieges nicht möglich ist. Die Generalversammlung ist unter diesen Verhältnissen der Ansicht, daß jede weitere Auseinandersetzung über eine etwaige Verschmelzung der beiden Verbände, solange nicht der Krieg seinen Abschluß gefunden hat, verfehlt und der Interessenvertretung der württembergischen Eisenbahner während des Krieges und unmittelbar nach dessen Beendigung nur schädlich ist.

Ferner erklärt die Generalversammlung, daß das württembergische Eisenbahnerpersonal in seiner Gesamtheit den großen Fragen, die nach dem Kriege ihrer Erledigung harren (Lebensmittelversorgung, völlige Neuordnung der Finanzen des Reiches und der Bundesstaaten, Wohnungsfrage, Fortführung der Sozialpolitik,

Hierzu wurden zwei Beschlüsse gefaßt: a) der Gesamtverband sollte mit anderen Organisationen gemeinsam eine Aktion einleiten, damit die Arbeitslosenversicherung der Landesorganisation durch ihre lokalen Abteilungen zur kommunalen Arbeitslosenversicherung zugelassen wird. b) Der Vorstand wird beauftragt, bei der Regierung und Kammer vorstellig zu werden, um eine allgemeine Regelung der Arbeitslosenversicherung im Anschluß an die Notverordnung des Ministers Treub zu erreichen. Ferner sollen Gemeinden, welche bisher die kommunale Arbeitslosenversicherung noch nicht eingeführt haben, von der Regierung hierzu verpflichtet werden.

Mundschau.

Zum Wiederaufbau Ostpreußens. Die Zerstörung durch die Russen in Ostpreußen sind nunmehr wie folgt festgestellt:

Im Regierungsbezirk Königsberg sind 7 Städte, 75 Dörfer und 16 Güter, im Regierungsbezirk Allenstein 10 Städte, 2 Dörfer und 97 Güter, im Regierungsbezirk Gumbinnen 7 Städte, 205 Dörfer und 83 Güter zerstört. Die Zahl der insgesamt zerstörten Gebäude beträgt 33.653. Etwa ein Drittel waren Wohnhäuser. Der Hausrat ist schätzungsweise in 100.000 Wohnungen vollständig, in ebenso vielen Wohnungen teilweise geräumt oder vernichtet. In dem während des Winters vom Feinde besetzten Jüßel der Provinz waren, als der Feind vertrieben war, fast ein Stiel Vieh mehr vorhanden. In dem ganzen Grenzrevier waren fast alle landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen geraubt oder vernichtet. Die meisten Mühlen, Ziegeleien, Brennereien und Molkereien waren systematisch zerstört.

Der Wiederaufbau Ostpreußens wird mithin mancher Arbeitsgelegenheit bringen.

Der Krieg und die Frauenarbeit. Infolge der Einrückungen der Männer zu den Fahnen tritt die Frauenarbeit im Erwerbsleben immer mehr in die Erscheinung. Während die Männer draußen im Felde stehen, treten zahlreiche Frauen in allen möglichen Berufen an die früheren Arbeitsstellen der männlichen Arbeitskräfte. Nach den kürzlich in der Provinzialzeitung veröffentlichten Mitteilungen von Dr. Freund hat die Berliner Zentralarbeitsnachweisbehörde bereits an zahlreiche, frühere von männlichen Kräften eingenommenen Arbeitsstellen weibliche Kräfte vermittelt. So z. B. in der Metallindustrie Arbeiterinnen für die Drehbank, die Stanzerei und zum Kohlenstampfen, für das Drehen von Granaten, für Schraubendrehen und für Klempnerei. In der chemischen Industrie zum Willendrehen, Füllen, Stampfen. Mehrere Apotheken stellen sich auch Frauen als Hausdiener ein. In der Lebensmittelindustrie: Arbeiterinnen für Sattlerei an der großen Sattelmaschine und an der großen Schumachermaschine. In Brauereien: Flaschenpufferinnen an der Maschine. In der Bekleidungsindustrie: Frauen als Büglerinnen und Stepperrinnen für Konfektion. In Buchdruckereien: als Satzsetzerinnen und Einrichterrinnen. Ferner für Güterabfertigung zum Verladen: für Tischlereien, für Holzhandlungen, als Heizerinnen und Fahrstuhlführerinnen, ebenso als Kabfahrerinnen und Kutscher.

Nach Lage der Verhältnisse ist die Frauenarbeit zur Zeit in vielen Berufen unentbehrlich. Um so mehr muß auch darauf gesehen werden, daß die Frauen und weiblichen Arbeitskräfte überhaupt einen guten Lohn verdienen. Wird die Frauenarbeit zur Lohndruckerei ausgenutzt, so müssen gegen die Gewerkschaften entschiedene Front machen.

Deutsche Vaterlandsliebe im Auslande. Der Bayerische Holzindustrie-Berufsgenossenschaft ging von einem Rentempfänger aus Amerika folgender Brief zu:

„Ich bin hier in Amerika und habe nun schon längst erlernt mit welchem Unterchiede Deutschland für seine Bürger sorgt und es ist wahrhaft kein Wunder, jeder Deutsche verteidigt mit seiner Heimat und Regierung, die nirgends ihresgleichen hat. Ich bin ein Kind von Deutschen, die nur zu gerne wieder hinhin und auch mitkämpfen möchten und auch ich möchte gerne was für mein Vaterland, wo die Menschen noch für einander Mühe haben, was besonders ich dankbar anerkennen habe. Ich bin deshalb meine Rente, solange der Krieg war und noch dauern sollte, auszusparen, und das Geld zu Nutzen des Vaterlandes zu verwenden, wo es die geehrte Berufsgenossenschaft für gut befinden wird. Das ist alles, was ich für meine liebe Heimat tun kann, da ich leider auch verkrüppelt bin und so leider nicht mitkämpfen könnte.“

Die liebe deutsche Heimat hat schon so mancher im Auslande schätzen gelernt, der früher vielleicht recht unzufrieden mit seinem Heimatlande gewesen ist.

Sterbetafel.

Gustav Junker, Mitglied der Zahlstelle Elberfeld, gestorben im Alter von 41 Jahren an Lungenerkrankung.
Georg Oster, Mitglied der Zahlstelle Passau, gestorben im Alter von 59 Jahren.
Friedrich Sted, Kohrarbeiter, Mitglied der Zahlstelle Bremen, gestorben am 21. Juni 1915.
Sebastian Gantner, Schreiner, Mitglied der Zahlstelle Regensburg, gestorben am 20. Juni 1915 im Alter von 63 Jahren.
Berninger, Mitglied der Zahlstelle Heidelberg, gestorben an einem Herzschlag am 22. Juni.
Ruhet in Frieden!

Unsere Helden.

Den Heldentod fürs Vaterland

haben unsere Verbandsmitglieder:

- Jos. Kern, Schreiner, Mitglied der Zahlstelle Neuforg, gefallen im Februar in Frankreich.
- Jos. Polshanski, Mitglied der Zahlstelle Lennep, fiel am 20. Mai im Gefecht an der Dubissa.
- Jos. Gellhaus, Mitglied der Zahlstelle Eisen, gefallen auf dem westlichen Kriegsschauplatz.
- Karl Endres, Mitglied der Zahlstelle Lichtenfels, gefallen im Mai in Frankreich.
- H. Wigard, Schreiner, Mitglied der Zahlstelle Bochum, gefallen am 23. Februar in Frankreich.
- Fr. Schäfers, Schreiner, Mitglied der Zahlstelle Bochum, gefallen am 15. Mai in Frankreich.

Den Heldentod fürs Vaterland fanden bisher 405 Verbandsmitglieder. Das Andenken dieser Tapferen wird im Verband allezeit in Ehren gehalten werden.

Das Eisene Kreuz

erhielten unsere Verbandsmitglieder:

- Hugo Oßendorf, Unteroffizier, Mitglied der Zahlstelle Köln, erhielt das Eisene Kreuz 2. Kl.
- H. Rager, Mitglied der Zahlstelle Mannheim, erhielt das Eisene Kreuz 2. Kl. unter gleichzeitiger Beförderung zum Unteroffizier.
- Joh. Schewe, Mitglied der Zahlstelle Bochum, z. St. im Lazarett zu Hamburg.

Bisher haben insgesamt 140 Mitglieder unseres Verbandes diese ehrenvolle Auszeichnung erhalten.

Staatsarbeiterrecht usw.), seine Aufmerksamkeit zuzuwenden hat, da die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Eisenbahner sich in der Regelung des Dienstverhältnisses (Gehalt, Lohn, Versorgungs-, Pensionsverhältnisse usw.) nicht erschöpfen. Zu den erörterten und anderen allgemeinen Fragen kann ein allein stehender Verband von Staatsbeamten und Arbeitern nicht selbstständig und erfolgreich Stellung nehmen. Dazu ist die Verbindung mit einer großen einflussreichen Gruppe in unserem Staats- und Volksleben erforderlich. Die Lösung vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften ist aus diesen Gründen für den Verband ausgeschlossen. Die Generalversammlung spricht aber ihre Bereitschaft aus, zur wirksameren Vertretung der Interessen des württembergischen Eisenbahnerpersonals mit dem alten Verbande in bestimmten Fragen ebenso zusammenzuarbeiten, wie dies seitens vieler anderer Organisationen während des Krieges mit Erfolg geschehen ist und noch geschieht.“

In einer Eisenbahnerversammlung, die im Anschluß an die Generalversammlung stattfand, hielt Kollege Stegerwald zu demselben Punkte einen längeren Vortrag, der großen Beifall fand. Die Eisenbahner müßten ja auch auf den Kopf gefallen sein, wenn sie aus der ganzen Art und Weise, wie der gegnerische Verband die Verschmelzungsfrage behandelt, nicht merken würden, wohin die Reise gehen soll. Die Antwort der Generalversammlung war daher die einzig richtige.

Die christlichen Gewerkschaften Hollands verfügen zwar noch nicht über große Mitgliederzahlen, sind aber in der Zeit seit 1910 ansehnlich gewachsen. Im Jahre 1910 zählten sie in 19 Organisationen 6580 Mitglieder. Wie in der am 20. und 21. Mai tagenden Generalversammlung mitgeteilt wurde, betrug die Zahl der Mitglieder Anfang 1915 in 27 Organisationen 12.508. Die Generalversammlung befaßte sich eingehend mit der Frage der Arbeitslosenversicherung.

Die Krankengeld-Zuschußkasse des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands

Sitz Köln, Benloerwall 9 hat 4 Beiträge- und Unterstützungskassen und gewährt 26 Wochen lang Krankengeld, sowie im Notfall Sterbegeld.

Zwei tüchtige Polierern

aus solingen gesucht. Werkstätten Betriebsstadler, Solingen.

kleine Anzeigen.

Köln 19. Arbeitsnachweis und Büro des Zentralverbandes P. Lützen A 3210.

Köln 19. Arbeitsnachweis und Büro des Zentralverbandes P. Lützen A 3210.

Berlin. Arbeitsnachweis u. Büro Berlin O 27, Zimmerstr. 75. Tel. Amt Köpenick 10100.

Düsseldorf. Arbeitsnachweis u. Büro Soufflenstr. 37, Telefon 10503.

Essen-Nord. Arbeitsnachweis u. Büro Friedrichstr. 19. Telefon 1042.

Staatlich unterstützte städtische Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf.



TAGES-KURSE FÜR SCHREINER (44 Std wöchentl.) Jeden Monat neue Unterrichtsstoffe (Buchf. Geschäftsbriefwechsel, Wechselkde., Rechnen, Kalkul., Fläch- u. Körperberechnung, gewerbliche Gesetzkde., Stil- u. Formel. Mat., Werkz., Maschinenkunde, Freihandz., Fachzeichnen). Die Kurse bereiten auch auf die MEISTER-PRUEFUNG vor. Meisterstück kann in der Schule angefertigt werden. EINTRITT und Austritt jederzeit möglich; die Kurse gestatten beliebige Unterbrechung in der Ausbildung. SCHULGELD: 10 Mark pro Monat, 40 Mark für 4-5 Monate. AUFNAHME-BEDINGUNGEN: Vollendung des 17. Lebensjahres und mindestens zweijährige Praxis. PROGRAMM steht kostenlos zur Verfügung. ANMELDUNGEN u. ANFRAGEN sind zu richten an die Direktion der Fachschule zu Düsseldorf, Charlottenstr. 87. Der Direktion.